



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/156 - 11. Juli 1956

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Vom Parteitag in München (III) / Ausgangspunkt künftiger Entscheidungen	S. 1
Nehru, Nassar und Tito treffen sich	S. 4
SPD schlägt vor. National - Budget :	S. 6
Zu Ulbrichts Aktionsangebot	S. 6
Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei 1954/55	S. 9

## Standortbestimmung der SPD

- Zu Ollenhauers politischem Hauptreferat -

sp. München

Als Grundlagen für die politische Diskussion lagen dem Parteitag am Mittwoch die fast zweistündige Rede des Vorsitzenden Ollenhauer und eine Reihe von Entschliessungsentwürfen vor. Die wichtigsten von ihnen betrafen die allgemeine Politik, die Wiedervereinigung und die Wehrfrage. Diese Entwürfe sind, wie bei Parteitagen üblich, vom Vorstand und vom Parteiausschuss gemeinsam erarbeitet worden und bedürfen der Zustimmung des Parteitages, wenn sie zum für die ganze Partei verbindlichen Beschluss erhoben werden sollen. Sie sind im vorliegenden Falle, wenn man so sagen darf, Konzentrate aus der breitangelegten Darstellung der Standortbestimmung der SPD, die der Parteivorsitzende am ersten Arbeitstag des Kongresses gab.

Ollenhauer befand sich am Mittwoch in einer zu seinen Gunsten radikal veränderten politischen Situation, wenn man den Berliner Parteitag 1954 zum Vergleich heranzieht. Damals stand die SPD in wenig erfreulicher Verteidigungsposition unter schärfstem Koalitionsbeschluss, der schwere Rückschlag vom 6. September 1953 lastete noch auf vielen Gemütern und die Zahl derjenigen war nicht gering, die noch immer nach Sündenböcken suchten, statt entschlossen nach vorn zu blicken und alles nur daran zu setzen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen.

Heute ist das alles ganz anders. Die SPD ist unbestritten im Vor-

11. 7. 1956

marsch. In vielen entscheidenden Fragen hat die Entwicklung ihr Recht gegeben. Das Meinungsbarometer steht seit längeren stabil auf 'gut Wetter'. Das hat sich in knapp zwei Jahren vollzogen, ein Beispiel dafür, wie überraschend schnell sich scheinbar noch so festgefügte Konstellationen wieder verwandeln können. Dem Vorsitzenden der SPD hat dieser Umschwung freilich nicht veranlassen können, auch bei der Beurteilung eines so erfreulich veränderten Tatbestandes seine gelassene Ruhe und sein Gleichmass aufzugeben. Ollenhauer ging überraschend schnell an den Kern der Dinge heran. Schon die erste Viertelstunde brachte im Extrakt alles das, was an schweren aussenpolitischen Fehlbeurteilungen heute auch von denen auf das Schuldkonto der Regierung gesetzt wird, die noch vor gar nicht langer Zeit die Zusammenhänge ganz anders sahen. Das gilt in erster Linie für die in das Gegenteil umgeschlagene Regierungserwartung, die Pariser Verträge würden die sowjetische Geneigtheit, in der Wiedervereinigungsfrage mehr Entgegenkommen an die westlichen Forderungen aufzubringen, erhöhen. Es hat in der jüngsten Geschichte des westdeutschen Teilstaates keinen grösseren und verhängnisvolleren Irrtum gegeben als diesen.

Ollenhauer präziserte dann sieben Forderungen für die Einleitung einer neuen Aussenpolitik der Bundesregierung, die einen ganz konkreten Inhalt haben und die sich keineswegs mit der Aufstellung von mehr oder weniger verbindlichen Postulaten begnügen. Es entsprach der zurückhaltenden Art des Redners, dass er diese weitreichenden und bei gutem Willen der Beteiligten auch durchaus praktikablen Forderungen nur ein "Gegenwartsprogramm", die "ersten und unerlässlich notwendigen Schritte einer aktiven Wiedervereinigungspolitik" und eine Möglichkeit nannte, "wenigstens über den verhängnisvollen toten Punkt hinwegzukommen".

Sehr ausführlich widmete sich Ollenhauer dem Verhältnis zwischen Bonn und Pankow und der Wehrfrage, ein Beweis, wie wenig er sich scheute, heisse Eisen anzufassen. Es beeindruckte allgemein, wie ernst er die Regierung in Moskau darauf hinwies, dass die SPD trotz aller ihrer Gegnerschaft zur gegenwärtigen Bundesregierung auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehe und dass es für sie "keine mildere oder rebuschierte Form der Volkedemokratie" geben könne. Die Ausführungen Ollenhauers zu diesem Punkte bestätigten in der Sache zwar nur, was immer seine Auffassung und die Haltung der SPD gewesen ist, aber sie taten das in einer besonders bestimmten und verpflichtenden Weise, die

11. 7. 1956

man auch die letzten Zweifel an der Festigkeit und an der Aufrichtigkeit dieser Überzeugung und dieses Willens beseitigen sollte.

Mit äusserster Aufmerksamkeit wurde entgegengenommen, was Ollenhauer dann zur Wehrfrage erklärte. Der Kernsatz dieser ausführlichen Passage war der folgende: "Die Sozialdemokratische Partei gibt auch nach der Verabschiedung des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht ihre ablehnende Haltung gegenüber diesem Gesetz nicht auf, und sie wird vor und nach den Bundestagswahlen für eine Revision dieser Militärpolitik kämpfen. Ich glaube, es gibt keinen ernsthaften Menschen, der eine andere Haltung von der Sozialdemokratie erwartet. Die SPD kann und wird nicht eine von Grund auf verfehlte Wehrpolitik übernehmen und fortführen".

Die Entschliessung, die dem Parteitag in dieser Frage vorlag, formulierte nach der Auffassung mancher Delegierter und anderer Kongressbesucher den gleichen Komplex um eine Nuance präziser dahin, dass das Ziel der Sozialdemokratischen Partei sei, "die verfehlte Aussen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben".

Die Rede Ollenbauers steht am Anfang eines Wahlkampfjahres, das an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig lassen wird. Trotzdem war sie keine Fanfare, sondern eher eine sehr überlegte Rechenschaftslegung über den eigenen Weg, die an vielen Stellen zu einer schweren Anklage gegen die Politik der Bundesregierung wurde. Die Folgerung daraus hat Ollenhauer selbst gegen Schluss seiner Rede mit den Worten gezogen: "Unser Ziel ist, aus diesen Bundestagswahlen als eine führende Kraft der deutschen Innen- und Aussenpolitik hervorzugehen. Wir wollen durch unser Wirken den Einflussbereich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands so erweitern, dass ohne die Sozialdemokratische Partei nicht mehr regiert werden kann".

+ + +

### Das Treffen von Brioni

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die drei "Neutralen" - Tito, Nasser, Nehru -, die sich jetzt in Brioni treffen wollen, sind weder durch Pakte, noch durch gleiche Interessen aus vergangener Zeit miteinander verbunden. Ihnen ist gemeinsam, dass sie in ihren Ländern durch eine grundlegende Umwälzung der bestehenden Ordnung Geschichte machten und dass ihre Politik zu einem nicht unbedeutenden Faktor in der Weltpolitik geworden ist.

Oberst Nasser, der dem General Naguib, dem eigentlichen Befreier Ägyptens von einer Feudalherrschaft korruptester Art, auf dem Fusse folgte, hat kürzlich sein Land durch Wahlen <sup>VON</sup> einer Militärdiktatur in eine Militärdemokratie umgewandelt. Er hat im Ägyptischen Volk zur Zweck des Aufbaus einen Nationalismus entfacht, dem die englischen Stützpunkte zum Opfer fielen und aus dem der arabisch-israelische Konflikt ständig neu geschürt wird. In kluger Ausnutzung der weltpolitischen Lage erreichte Nasser, dass ihm die Hilfe des Ostens zuteil wird und dass der Westen um seine Freundschaft buhlen muss. Dank dieser Erfolge ist ihm auch die arabische Liga willfährig. Nasser ist zum politischen Stimmungsbarmeter geworden, dessen Schwankungen für Krieg oder Frieden im Nahen Osten bestimmend sind.

Als Tito in Jugoslawien einen kommunistischen Staat aufrichtete, stellte er noch eine Figur der östlichen Welt dar. Dann, als er aus Stalins Schoss verstossen wurde, half ihm der Westen aus der Patsche. Seither hat er die Beziehungen zum Westen gepflegt, und nichts deutet darauf hin, dass er jetzt, da er die Freundschaft Russlands wiedergewann die westlichen Freunde fallen zu lassen gedenkt. Diese Stellung macht Tito gewissermassen zum Vertrauten beider Seiten, wenn auch der Westen ihm heute wieder mit einiger Vorsicht begegnet. Für den Osten, der um das Vertrauen des Westens wirbt, könnte Tito eine Art Unterhändler werden.

Eine derartige Mission zu erfüllen, ist Indiens Ministerpräsident Nehru seit langem bereit. Ihm erscheint es als eine Pflicht, zum Verstehen der Völker untereinander beizutragen. Nehru verdankt seine Rolle keineswegs einem politischen Zufall. Er übernahm sie in treuer Verfolgung der indischen Tradition, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Nehru, dem die schwere Aufgabe obliegt, Indiens wirtschaftliche Gesundung herbeizuführen, unterscheidet sich von seinen Gesprächspartnern darin,

dass er kein Diktator ist. Darin liegt seine Überlegenheit. Nehru ist einer, dem das uneingeschränkte Vertrauen der freien Welt gehört.

Hier bliebe nun zu fragen, was der Inhalt der Gespräche der drei Staatsmänner sein könnte. Da Nasser und Nehru, durch die asiatisch-afrikanische Konferenz gebunden, nicht beabsichtigen, einen "Dritten Block" zu bilden, muss man annehmen, dass weltpolitische Probleme Gegenstand eines Meinungsaustausches sein werden.

Dazu wird auch das Deutschlandproblem gehören. Titos Ansicht über Deutschland gleicht der der Sowjetunion aufs Haar. Nachdem zweifelhaft geworden ist, ob die Grossmächte in der Lage sein werden, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, werden sich möglicherweise Nehru und Nasser der Ansicht Titos anschliessen, wonach eine Annäherung der beiden deutschen Staaten erreicht werden sollte. Für Nasser, der schon seit geraumer Zeit wirtschaftliche Beziehungen zur DDR unterhält, wäre dies die Beseitigung einer peinlichen Lage der DDR gegenüber, der er die Anerkennung versagen müsste, um nicht die wirtschaftliche Gunst Westdeutschlands zu verlieren. Nehru würde bei einer derartigen Entscheidung vielleicht durch seinen Glauben an den ehrlichen Gesinnungswandel im östlichen Lager bestimmt werden.

Weniger Einigkeit ist im Streitfall Israel zu erwarten. Tito hat es an Freundschaftsbeweisen für Israel nicht fehlen lassen. Es käme ihm nun zu, den Vermittler in diesem Konflikt zu spielen. Nehru hat bisher den Staat Israel nicht anerkannt. Seine Haltung ist das Resultat des gespannten Verhältnisses Indiens zum mohammedanischen Pakistan. Eine Anerkennung Israels durch Indien würde die arabischen Staaten verärgern und das ihnen nahestehende Pakistan noch stärker gegen Indien beeinflussen. Titos Einwirken auf Nasser hinsichtlich Israels käme zu einem günstigen Zeitpunkt, denn, wie anzunehmen ist, hat auch Schepilow, getreu der neuen russischen Linie, bei seinem kürzlichen Besuch in Kairo um Zurückhaltung Nassers in diesem Konflikt geworben. Jedoch wird Nasser, der Israel noch als Blitzableiter braucht, kaum in der Lage sein, in dieser Frage weitere Konzessionen als die einer Scheinruhe zuzugestehen.

Auch Nasser kommt eine Rolle in diesem Treffen zu. Als Freund Pakistans hätte er Gelegenheit, den Kaschmir-Konflikt, der immer noch unter der Decke schwelt, anzusprechen. Eine Lösung dieses Problems ist überfällig, und auch Nehru wird daran liegen müssen, es endlich aus der Welt zu schaffen.

Die drei 'Neutralen' können auf ihre Weise zur Entspannung der Weltlage beitragen und damit beweisen, dass Bündnisse von der Art der SEATO oder der NATO nicht unbedingt notwendig sind.

\* \* \*

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich durch

Von Helmut Schmidt, M.d.B.

Schon im Jahre 1952 nahm die Forderung nach einem National-Budget einen breiten Raum im Aktionsprogramm der Sozialdemokratie ein. Gemeinsam mit der alljährlich rückschauenden volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ("volkswirtschaftliche Bilanz") ist die alljährliche Vorausschau im Sinne des Nationalbudgets nach sozialdemokratischer Auffassung als Grundlage einer systematischen Konjunktur-, Währungs- und Fiskalpolitik unentbehrlich. Auf ihrem Berliner Parteitag im Sommer 1954 beschloss die SPD, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Er wurde dem Bundestag in der letzten Konjunkturdebatte vorgelegt und trägt den Titel "Gesetz zur Förderung eines stetigen Wachstums der Gesamtwirtschaft".

Obwohl einzelne Experten der CDU ähnlicher Auffassung waren, hat diese Partei wie auch die Bundesregierung jahrelang gegen die sozialdemokratische Forderung polemisiert und das National-Budget als angebliches Instrument der Zwangswirtschaft diffamiert.

Diese ablehnende Haltung änderte sich auch dann nicht, als der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministers im Oktober 1954 in einem ausführlichen Gutachten darlegte, dass eine marktwirtschaftlich arbeitende Volkswirtschaft auf diese Grundlagen ihrer Wirtschaftspolitik nicht verzichten könne. Er erklärte die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für "unerlässlich".

Das Konjunkturpolitische Debakel des letzten Frühjahrs hat diese Unerlässlichkeit erneut unterstrichen. Wenn es ein National-Budget als gemeinsame Orientierungsgrundlage für die Bank Deutscher Länder, für Schäffer, Erhard, Storch und Adenauer gegeben hätte, dann wäre uns nicht nur die Gürzenich-Entgleisung des Kanzlers erspart geblieben, der mangel volkswirtschaftlicher Orientierung die Konjunktur- und Währungslage überhaupt nicht begriffen hat. Es wäre uns vor allem erspart geblieben, dass Wirtschafts-, Sozial-, Kredit- und Haushaltspolitik (Juliusturm!) völlig auseinanderliefen, weil ihnen ein einheitliches Konzept fehlte.

In der Konjunkturdebatte hat nun erstmals ein offizieller Sprecher der CDU die sozialdemokratische Initiative begrüßt. Auch der Bundeswirtschaftsminister hat angekündigt, dass er sich über diese Fragen mit der Opposition "verständigen" wolle und dass er im übrigen die Errichtung

eines Referates "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" in seinem Ministerium plane.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die wissenschaftlichen Beiräte beim Bundeswirtschaftsminister und beim Bundesfinanzminister schon drei Wochen vorher gemeinsam und unisono erneut in einem ausführlichen Gutachten die nachträgliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und das vorausschauende National-Budget (die Beiräte nennen es "prospektive Gesamtrechnung") gefordert haben. Sie wollen zu diesem Zweck sogar eine besondere Zentralbehörde errichten. Diese Vorschläge decken sich weitgehend mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf. Es bleibt zu bedauern, dass sie von Erhard zunächst drei Wochen geheimgehalten und erst nach Ablauf der Konjunkturdebatte des Bundestages veröffentlicht wurden. Trotzdem ist der grundsätzliche Fortschritt zu begrüßen.

Da in der Wirtschaftspresse - z.T. unter Hinweis auf Prof. Schiller - spekuliert wurde, es gebe über diese Frage in der Sozialdemokratie abweichende Meinungen, so sei ausdrücklich festgestellt, dass gerade Schiller den sozialdemokratischen Gesetzentwurf massgebend beeinflusst hat. Er ist das Ergebnis langjähriger wirtschaftspolitischer Team-Arbeit und hat in der Sozialdemokratie ungeteilte Zustimmung gefunden, ehe er veröffentlicht wurde. Er ist neben der Kartelldebatte im Bundestage ein weiterer Beweis für die wirtschaftspolitische Führungsrolle der Opposition gegenüber der Regierungskoalition.

\* \* \*

#### Karl Schiller wurde Rektor

Professor Karl August Schiller wurde dieser Tage von der Vollversammlung der Universität Hamburg zum neuen Rektor gewählt.

Karl August Schiller wurde 1911 in Breslau geboren, studierte an mehreren Universitäten Staatswissenschaft und Volkswirtschaft und war dann wissenschaftlich am Kieler "Institut für Weltwirtschaft" tätig. Im Jahre 1939 habilitierte er sich als Privatdozent an der Universität Kiel. Seit 1956 lehrt er an der Universität Hamburg.

Dort übernahm er die Leitung der Gutachter-Kommission, die im Auftrag des Senats den wirtschaftlichen Wiederaufbau Hamburgs zu planen hatte. Von 1948 bis 1953 gehörte Schiller als Senator für Wirtschaft und Verkehr dem SPD-Senat unter Bürgermeister Brauer an. In der Hamburger Bürgerschaft, deren Mitglied er noch heute ist, gilt er als einer ihrer markantesten Sprecher.

\* \* \*

Unerwünschte Willkommensgrüsse

sp- München

In einem achtseitigen, eng geschriebenen Elaborat entbot Ulbricht -ausgerechnet Ulbricht- und das Zentralkomitee der SED dem Parteitag der SPD ihre in jeder Hinsicht unerwünschten und ungefragten "Willkommensgrüsse". Kosten und Mühe hätten sich die Absender ersparen können, es waren Fehlinvestitionen in der Vergangenheit und werden es auch in der Zukunft sein. Für die Mitwirkung an der Lösung der deutschen Schicksalsfrage sind diejenigen am allerwenigsten berufen, die, von fremder Gnade lebend und von fremder Macht gestützt, ihr gerüttelt Maas Mitschuld an der deutschen Tragödie tragen.

Heute, wie schon in früheren Jahren, bieten sich die gleichen Handlanger einer nicht von gesamtdeutschen Interessen geleiteten Politik zu "Aktionsgemeinschaften" mit der SPD an, - mit jener Partei, deren Anhänger im Herrschaftsbereich der SED den bittersten Verfolgungen ausgesetzt waren und die für die Marionetten von Pankow trotz aller Schalkmecklänge und trügerischer Anbiederungsversuche immer noch der Feind Nummer eins ist.

Was zu diesem plumpen Manöver zu sagen ist, wurde und wird noch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit auf dem Parteitag gesagt werden. Erich Ollenhauer hat unter dem Beifall des ganzen Parteitages die Antwort schon vorweggenommen: mit dem Totfeind der Demokratie, mit den Verächtern der Menschenwürde, mit den Unterdrückern der staatsbürgerlichen Freiheiten gibt es kein Faktieren und schon gar keine Bruderschaft. Die Stalinisten von Mitteldeutschland sind Träger und Nutzniesser der deutschen Spaltung, darauf bedacht, ihre demokratisch nicht legitimierte Machtposition an der Wende der deutschen Politik auch für die Zukunft zu erhalten. Die deutschen Stalinisten sind ebenso wie die letzten Kreuzzugsritter des zu Ende gehenden Kalten Krieges das Überbleibsel einer Politik, über die die Zeit hinweggehen wird!

Für die deutsche Sozialdemokratie besteht wahrhaftig kein Grund, den stalinistischen Trägern von Pankow durch "Aktionsgemeinschaften" die hochersehnte Rückenstärkung zu geben. Der Kampf um die Wiedervereinigung gilt den Ulbrichts ebenso wie den beharrlichen und restaurativen Kräften in der Bundesrepublik; erst wenn beide zur politischen Ohnmacht verurteilt sind, wird sich das Tor für ein in Freiheit vereintes Deutschland öffnen lassen.

Jeder neunte Sozialdemokrat...

ler. Von den 138 Gesetzen, die vom Bundestag in der Zeit vom 1. Januar 1954 bis Ende Dezember 1955 verabschiedet wurden, fanden 119 die Zustimmung der SPD. Diese gewiss für viele politisch interessierte Beobachter überraschende Tatsache findet sich in dem soeben erschienenen Jahrbuch der SPD, eine glänzende Widerlegung der These, dass die SPD immer nur "Nein" sage. Das Jahrbuch, dem Erich Ollenhauer ein Vorwort schrieb, vermittelt Freunden und Gegnern einen ausführlichen Bericht über die organisatorische Entwicklung und über die Aktivität der deutschen Sozialdemokratie. Diese Aktivität umfasst alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Kultur, sie ist in den Gemeinden ebenso spürbar wie in den Länderparlamenten und im Bonner Bundestag, sie durchdringt das öffentliche Leben und ist, eben weil sie zur ständigen Auseinandersetzung zwingt, ein unentbehrliches Element der politischen Bewusstseinsbildung im deutschen Volk. Über 70.000 Männer und Frauen aus den Reihen der Sozialdemokratie sind in der Kommunalpolitik oder als Abgeordnete tätig, sie haben unverlöschbare Spuren in der seit 1945 geleisteten Aufbauarbeit in der Bundesrepublik hinterlassen.

Fast jedes neunte Mitglied der Sozialdemokratischen Partei steht im öffentlichen Leben. Das ist eine erstaunlich hohe Zahl und wohl der überzeugendste Beweis für die Anziehungskraft und Wirksamkeit der Sozialdemokratie. Diese Partei lebt aus sich selbst heraus, ihre Stärke beruht in dem Willen ihrer alle Schichten des Volkes umfassenden Mitglieder, die gesellschaftliche Wirklichkeit nach ihrem Willen umzuformen. Das ist ein wandelndes Erfordernissen der Zeit angepasste Programm dieser Partei, die aus der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts nicht wegzudenken ist, setzt viele schöpferische Energien frei, es findet, wie die Entwicklung in den letzten zwei Jahren beweist, auch immer stärkeren Widerhall bei den Wählern.

Seit Jahren wird in der Öffentlichkeit der Ruf nach einem Parteiengesetz erhoben, das die Parteien veranlassen soll, ihre Finanzen offen darzulegen. Für die Sozialdemokratie gilt diese Forderung nicht. Sie hat in dieser Hinsicht nichts zu verbergen oder zu beschönigen. Ein besonderes Kapitel gibt über Einnahmen und Ausgaben Aufschluss. Die einmalige Stellung der SPD im deutschen Parteienleben und ihre Verwurzelung im Volke kommt in der Beitragstreue der Mitglieder sinnfällig zum Ausdruck. Diese Treue, für den Einzelnen oft mit finanziellen Opfern verbunden, gibt der Sozialdemokratie jene Unabhängigkeit von finanzstarken Interessentengruppen, die so oft die Politik der anderen Parteien, nicht gerade zum Nutzen des Gemeinwohls, massgeblich mitbestimmen.

Das Jahrbuch kennzeichnet den Standort der deutschen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Phase der deutschen Politik. Schon aus diesem Grunde ist es für Freund und Gegner der SPD unentbehrlich.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau